

**6043/AB**  
**= Bundesministerium vom 26.05.2021 zu 6096/J (XXVII. GP)**  
**bmdw.gv.at**

Digitalisierung und  
Wirtschaftsstandort

**Dr. Margarete Schramböck**  
Bundesministerin für Digitalisierung und  
Wirtschaftsstandort

Präsident des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

[buero.schramboeck@bmdw.gv.at](mailto:buero.schramboeck@bmdw.gv.at)  
Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.229.733

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)6096/J-NR/2021

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 6096/J betreffend "Vergabe Ausweisplattform", welche die Abgeordneten Douglas Hoyos-Trauttmansdorff, Kolleginnen und Kollegen am 26. März 2021 an mich richteten, stelle ich fest:

**Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:**

1. *Welche konkreten Leistungen sollten vom Zuschlagsempfänger im Zuge der*
  - a. *Lieferung*
  - b. *Implementierung*
  - c. *Wartung*
  - d. *Support*
  - e. *Weiterentwicklung einer IT-Lösung zur Umsetzung einer Ausweisplattform erbracht werden?*

Der Zuschlagsempfänger soll die Basissoftware für die Ausweisplattform liefern, erforderliche Anpassungen an die Anforderungen des österreichischen E-Governments durchführen, Unterstützung bei der Implementierung von digitalen Ausweisen leisten und Wartung und Support für seine Software liefern.

**Antwort zu Punkt 2 der Anfrage:**

2. *Worum handelt es sich bei der in der Auftragsbekanntmachung genannten Ausweisplattform konkret?*

- a. Welche Services bzw. Funktionen sollen auf dieser Plattform zur Verfügung stehen? Handelt es sich um die geplante e-ID oder, wie BM Schramböck in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie und Energie am 10. März 2021 versicherte, lediglich um den elektronischen Führerschein?

Während die geplante e-ID eine Weiterentwicklung des Bürgerkartenkonzepts und der Handysignatur darstellt, die die rechtlichen und technischen Voraussetzungen zur Verwendung staatlicher Aus- und Nachweise schafft und die Anerkennung der österreichischen e-ID in allen EU-Mitgliedstaaten ebenso ermöglicht wie die Bereitstellung von Attributen aus angebundenen Registern, ist die Ausweisplattform ein Tool, um Bürgerinnen und Bürgern digitale Ausweise zur Verfügung zu stellen. Als erster digitaler Ausweis ist aktuell der digitale Führerschein vorgesehen; weitere Ausweise sollen folgen.

### **Antwort zu den Punkten 3 bis 7, 9, 12 und 13 der Anfrage:**

3. Warum wurde die Vertragsvergabe an den Erstbieter überprüft und anschließend rückgängig gemacht?
  - a. Medienberichten zufolge erfolgte der Ausschluss, weil "bestimmte Referenzen" nicht geliefert werden konnten.
    - i. Um welche Referenzen handelt es sich?
    - ii. Stehen diese Referenzen im Zusammenhang mit Korruptionsaffären, in die der Konzern verwickelt ist? Welche Probleme wurden diesbezüglich identifiziert?
    - iii. Stehen diese Referenzen im Zusammenhang mit IT-Sicherheitsproblemen (etwa in Zusammenhang mit der "Gemalto ID Wallet")? Welche Probleme wurden diesbezüglich identifiziert?
  - b. Warum wurden diese Referenzen nicht vor dem Zuschlag überprüft?
4. Ist es zutreffend, dass für den Ausschluss ein Nachprüfungsantrag eines Mitbieters verantwortlich war?
  - a. Wenn nein, was war sonst ausschlaggebend?
  - b. Welche Ergebnisse lieferte der Nachprüfungsantrag?
5. Welches Angebot unterbreitete dieser Mitbieter und inwiefern unterscheiden sich die Angebote bzgl. Leistungen und Kosten vom Angebot des Erstbieters? Bitte um Übermittlung beider Angebote.
6. Der Erstbieter erhielt den Zuschlag für 35 Mio. Euro. In der Ausschreibung (<https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:299424-2020:TEXT:DE:HTML&src=O>) beträgt der geschätzte Gesamtwert 18,5 Mio. Euro (11 Mio. Euro in den ersten fünf Jahren, anschließend 2,5 Mio. Euro pro Jahr, optionale Möglichkeit der Überschreitung

*dieser Abrufvolumina um das jeweils Dreifache). Warum überschritt das Angebot des Erstbieters den geschätzten Gesamtwert um fast das Doppelte?*

7. *War zu irgendeinem Zeitpunkt während oder nach der Ausschreibungsphase ein Rechtsstreit anhängig?*
  - a. *Welcher Art und zwischen welchen Parteien?*
  - b. *Wenn ja, Kosten in welcher Höhe verursachten diese bisher und von wem werden sie getragen?*
  - c. *Ist es zutreffend, dass der Erstbieter gegen den Ausschluss vom Bieterverfahren keinen Einspruch erhob?*
9. *Welches Budget war für diese Ausweisplattform ursprünglich vorgesehen?*
  - a. *Wird dieses Budget eingehalten?*
    - i. *Wenn nein, beeinflussten die Vorgänge rund um die Auftragsvergabe die Einhaltung dieses Budgets? Inwiefern?*
    - ii. *Mittel in welcher Höhe werden nun insgesamt aufgewendet?*
12. *Wie viele Bieter beteiligten sich insgesamt an der Vergabe?*
13. *Um welche Bieter handelte es sich und welche Angebote unterbreiteten diese jeweils?*

Da noch kein rechtsgültiger Zuschlag erfolgt ist, handelt es sich um ein laufendes Verfahren, zu dem keine Angaben gemacht werden können. Selbst nach Abschluss des Verfahrens unterliegen die Auftraggeber der amtlichen Verschwiegenheit und dem Schutz der Vertraulichkeit gemäß § 27 Bundesvergabegesetz 2018, dem zufolge der öffentliche Auftraggeber keine ihm von einem Unternehmen übermittelten und von diesem als vertraulich bezeichneten Informationen weitergeben darf. Dies betrifft insbesondere technische Geheimnisse, Betriebsgeheimnisse sowie vertrauliche Aspekte der Angebote.

### **Antwort zu Punkt 8 der Anfrage:**

8. *Verzögern die Vorgänge rund um die Auftragsvergabe den Zeitplan der Umsetzung der Ausweisplattform?*
  - a. *Wenn ja, inwiefern?*
  - b. *Wurde hier zu Beginn ein zu ambitioniertes Ziel gesetzt?*
  - c. *Wann wird dieses Projekt abgeschlossen sein?*

Ein finaler Zeitplan kann erst nach rechtskräftigem Abschluss des Vergabeverfahrens erstellt werden.

**Antwort zu Punkt 10 der Anfrage:**

- 10. Wird die Umsetzung der e-ID von diesen Vorgängen beeinflusst?*
  - a. Wie lauten hier Zeitplan und Budget und können diese eingehalten werden?*
  - b. Mittel in welcher Höhe werden nun insgesamt aufgewendet?*

Die Umsetzung der e-ID wird davon nicht beeinflusst. Dieses Vorhaben wurde im Herbst 2020 mit dem internen Start des Web-Login und der Umstellung von oesterreich.gv.at begonnen. Im Jänner 2021 startete der Pilotbetrieb ausgewählter Registrierungsbehörden. Gegenwärtig werden die Meilensteine der nächsten Monate einer hausinternen Evaluierung unterzogen, um eine Prioritätensetzung vornehmen zu können. Im Rahmen des Projekts wurden Beauftragungen in Höhe von insgesamt rund € 3,4 Mio. vorgenommen.

**Antwort zu Punkt 11 der Anfrage:**

- 11. Dem Vernehmen nach gab es in der Branche Unklarheiten bzgl. e-Privacy und der Bewertung von Qualitätskriterien.*
  - a. Welche konkreten Anforderungen bzgl. e-Privacy muss diese Ausweisplattform erfüllen?*
  - b. Welche konkreten Qualitätskriterien muss diese Ausweisplattform erfüllen?*

Die von der Ausweisplattform zu verarbeitenden Daten entsprechen der DSGVO, eine kommerzielle Nutzung bzw. ein Tracking von Benutzerinnen und Benutzern ist weder vorgesehen noch rechtlich zulässig. Die Ausweisplattform ist als hochverfügbares, hochsicheres und datenschutzkonformes Bürgerservice vorgesehen, daraus ergeben sich die höchsten Qualitätsanforderungen an IT-Sicherheit und Servicequalität. Die Produktentwicklung soll der ISO/IEC 18013-5 entsprechen; dazu soll eine Roadmap erarbeitet werden.

Wien, am 26. Mai 2021

Dr. Margarete Schramböck

Elektronisch gefertigt



